

Doppelter Schuldspruch: In Sambia kommt Glencore nicht mehr ungeschoren davon

2011 hatte Public Eye im Bestseller «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz» zwei Skandale von Glencore in Sambia offengelegt. Die aggressive Steuervermeidung und die Vergiftung der Menschen in der sambischen Stadt Mufulira, deren Häuser direkt an die Kupfermine der Glencore-Tochter Mopani grenzen. In beiden Fällen gab es jetzt bahnbrechende Urteile in Sambia.

ANDREAS MISSBACH

Am Abend des 31. Dezembers 2013 nimmt Beatrice Miti als Ehrengast an einem Neujahrsgottesdienst in der «Chawama Hall» teil, die etwa einen halben Kilometer von der Glencore-Mine entfernt liegt. Die sambische Politikerin ist bekannt und geschätzt in Mufulira, denn sie hat jahrelang gegen die Schwefelemissionen von Mopani gekämpft. Wie so oft stösst das Kupferschmelzwerk auch an diesem Abend giftige Abgase aus, welche vom Wind in die Wohnquartiere getragen werden. Beatrice Miti erleidet einen Atemstillstand, bricht zusammen und stirbt kurz darauf an Herzversagen. Die Obduktion ergibt als Todesursache das Einatmen von giftigen Gasen, worauf ihr Witwer Geoffrey Miti Klage gegen Mopani einreicht. Darauf folgt ein jahrelanger Rechtsstreit.

2016 spricht der High Court der Stadt Kabwe dem Witwer eine Entschädigung für den Tod seiner Frau von umgerechnet rund 40 000 Franken zu. Das Urteil hält zudem fest, dass der Glencore-Betrieb die in Sambia geltenden Schadstoff-Grenzwerte überschritten hat. Die Konzernanwälte von Glencore hatten im Verfahren argumentiert, Mopani müsse sich gar nicht an sambische Grenzwerte halten, da bei der Privatisierung der Mine eine entsprechende Vereinbarung mit der Regierung abgeschlossen worden sei. Zudem fuhr Mopani im Prozess zwei Ärzte als Zeugen auf, die die Todesursache bestritten und stattdessen Diabetes, Rauchen und Herzbeschwerden für den Tod von Beatrice Miti verantwortlich machten. Beatrice Miti war Nichtraucherin.

Glencore akzeptiert das Urteil nicht und zieht es an den Supreme Court, das oberste Gericht Sambias, weiter. Glencore hält an der Darstellung fest, dass Mopani nicht fahrlässig gehandelt habe und die Abgase auch nicht die Todesursache seien.

Das Recht auf Leben gefährdet

Am 24. August wurde nun das Urteil des obersten Gerichts veröffentlicht. Es bestätigt das erstinstanzliche Urteil vollumfänglich, und die Entschädigung für die Angehörigen wird mehr als verdoppelt. Geoffrey Miti – der Witwer – profitiert nicht mehr davon: Er ist wäh-

rend des jahrelangen Rechtsstreits verstorben. Das Gericht spricht Klartext: Glencores Tochterfirma Mopani gefährdete mit seinen Schwefelabgasen das Recht auf Leben eines ganzen Stadtquartiers. Zudem kritisiert es die sambische Umweltbehörde scharf, weil diese die Grenzwerte nicht durchgesetzt hat.

Heisst das nun, dass es die Konzernverantwortungsinitiative gar nicht braucht, weil die Menschen ja auch so zu ihrem Recht kommen? Leider weit gefehlt. In Sambia war es in diesem Fall möglich, Glencore zur Rechenschaft zu ziehen. In anderen Fällen, etwa im Kongo, im Tschad oder in Peru, muss der Konzern weiterhin nicht für seine Taten geradestehen. Ein faires Gerichtsverfahren bleibt in vielen Entwicklungsländern angesichts hoher Korruption eine Unmöglichkeit oder zumindest Glückssache. Auch in Sambia war die prominente Politikerin nicht das erste Opfer. Die Angehörigen von vielen anderen waren aber zu arm, um überhaupt vor Gericht zu gehen. Zudem leiden viele Menschen in Mufulira weiterhin unter nicht unmittelbar tödlichen Krankheiten, und die Dächer ihrer Häuser und Hütten werden vom sauren Regen regelrecht weg geätzt. Der Fall Mopani ist – nun auch höchstrichterlich bestätigt – ein eklatantes Beispiel dafür, wie ein Schweizer Konzern wissentlich die Rechte von Menschen mit Füßen tritt. Ein Ja am 29. November verhindert, dass sich solches in Zukunft wiederholt.

Glencore muss für Kupfer blechen

Gleiche Mine, anderer Fall: Im April 2011 hatte Public Eye gemeinsam mit Partnerorganisationen in Sambia, Frankreich und Kanada beim «Nationalen Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze für multinationale Konzerne» der Schweiz Beschwerde gegen Glencore eingereicht. Der Vorwurf: massive Manipulationen und Buchführungstricks in Sambia. Der Hintergrund: Trotz rekordhoher Kupferpreise hatte die Glencore-Tochterfirma Mopani in Sambia Jahr für Jahr Verluste ausgewiesen – und deshalb nie Gewinnsteuern bezahlt.

Die Beschwerde stützte sich auf ein Audit von zwei Buchprüfungsfirmen, das 2009 im Auftrag der



Bald wieder in staatlichem Besitz? Glencore möchte die Kupfermine Mopani offenbar wieder loswerden.

© Kadir van Lohuizen/Anor/Keystone

sambischen Steuerbehörden mit Unterstützung Norwegens durchgeführt worden war. Zu den auffälligsten Unregelmässigkeiten, die darin zutage gefördert wurden, gehörten viel zu tiefe Kobalterträge und Verkaufspreise für Kupfer, die unter dem internationalen Referenzpreis lagen. Da Glencore fast alleiniger Abnehmer von Mopani ist, stellen die zu tiefen Kupferpreise eine klare Verletzung des «Fremdvergleichsprinzip» der OECD dar. Die darin festgeschriebene Pflicht, auch im firmeninternen Handel Marktpreise zu verrechnen, soll genau das vermeiden, was Glencore offensichtlich während Jahren getan hat: durch systematische Unterfakturierung ein rohstoffreiches Entwicklungsland um seine Einnahmen zu bringen.

«Bemerkenswertes Urteil»

Das Oberste Gericht Sambias stellte in diesem Fall bereits im Mai abschliessend fest, dass dieses Prinzip tatsächlich verletzt wurde. Dass es bis zu diesem Urteil derart lange dauerte, lag in erster Linie daran, dass die Konzernanwälte von Glencore zuvor zweimal gegen einen Entscheid rekurrirten, den die sambische Steuerbehörde angestrengt hatte. Trotz des eher geringen Betrags – die Glencore-Tochter Mopani muss 13 Millionen US-Dollar Steuern nachzahlen – spricht Emmanuel Mwamba, der sambische Botschafter bei der Afrikanischen Union, von einem «grundlegenden und bemerkenswertem Urteil». Ende August wurde bekannt, dass Glencore mit der sambischen Regierung verhandelt, um ihr Mopani wieder zu verkaufen. ▪